



derStandard.at | Politik | International | Europa | Slowenien

26. Jänner 2007  
15:32 MEZ

## Polizei bestreitet heimliche Überwachung von Roma-Familie

Polizei-Generaldirektor: Beobachtung soll ein Teil der normalen Polizeiarbeit zum Schutz der Familie gewesen sein

Laibach - Die slowenische Polizei hat Vorwürfe kategorisch zurückgewiesen, eine im vergangenen Herbst von aufgebrachteten Dorfbewohnern von ihrem Grundstück vertriebene Roma-Familie gesetzwidrig überwacht zu haben. Im Fall der Familie Strojjan habe man nicht heimlich ermittelt, versicherte Polizei-Generaldirektor Joze Romsek am Donnerstag bei einer Pressekonferenz in Laibach. Er räumte ein, die Polizei habe die Familie und die Umgebung ihrer vorläufiger Unterkunft im westslowenischen Postojna beobachtet, doch dies sei im Rahmen des Gesetzes gewesen, um die Sicherheit der Familie zu gewähren.

Die Vorwürfe gegen die Polizei waren vom früheren Volksanwalt Matjaz Hanzek erhoben worden, der das Vorgehen der slowenischen Behörden im Fall Strojjan massiv kritisiert hatte. Hanzek bezeichnete die unter Polizeischutz erfolgte Umsiedlung der Familie als "Ende des Rechtsstaates", weil damit dem Druck der Straße nachgegeben worden sei. Erst nach wochenlanger Suche gelang es den Behörden, ein neues Quartier für die Familie zu finden. Hanzek rief am Dienstag die Generalstaatsanwaltschaft auf, die Polizeiaktionen zu untersuchen. Von dieser gab es bisher keine Stellungnahme.

Romsek sagte, dass die Beobachtungsmaßnahmen auch am neuen Aufenthaltsort der Familie im Laibacher Vorort Sentvid gesetzt werden, jedoch wegen der niedrigeren Gefährdungstufe nur gelegentlich. Die Polizei machte keine Angaben, wie lange die Beobachtung in Postojna gedauert hatte, doch laut Hanzek dürfte es sich um mehr als zwei Monate gehandelt haben. Ähnliche Vorkehrungen seien aber auch in der Umgebung des Grundstücks im Unterkrainger Ort Ambrus getroffen worden, von dem die Familie vertrieben worden war.

Die getroffenen Maßnahmen - Beobachtung, Identifikation von Personen und auch Zugangsbeschränkungen zu ihrem Grundstück im Ambrus - seien ein Teil der üblichen Polizeiarbeit gewesen, betonte Romsek. Dazu sei die Polizei gesetzlich berechtigt, wenn eine Gefährdung der Sicherheit von Personen oder Vermögen zu erwarten sei. Solche Maßnahmen seien auch bei größeren Veranstaltungen üblich.

Auch die Protokolle, auf die sich die Vorwürfe von Volksanwalt Matjaz Hanzek beziehen, gehören laut Polizeidirektor zu den normalen Aufgaben der Polizei, die dadurch ihren Tagesablauf dokumentiert. Die Protokolle, in denen auf Minute genau und ganz detailliert jede Bewegung der Familienmitglieder sowie alle Besucher einschließlich der Journalisten und ihre Autokennzeichen angeführt sind, sind inzwischen auch an die Öffentlichkeit gekommen.

Auf die Frage, ob solche Details für die beschriebene Polizeiarbeit notwendig seien, antwortete der Polizeidirektor, dass der Inhalt vom jeweiligen Polizeibeamten abhängt. Der Sinn der Sache sei aber, den Tagesablauf zu vermerken, betonte Romsek und fügte zu, er selbst hätte es im diesen Fall anders geschrieben. Dennoch sehe er vorerst keinen Grund, jemanden dafür zur Verantwortung zu ziehen. Untersucht wird aber, wie diese Protokolle in die Öffentlichkeit gekommen sind, sagte Romsek.

Die Polizei versicherte außerdem, die Familie Strojan von den Maßnahmen in Kenntnis gesetzt zu haben. Medienberichten zufolge hat die Familie die Überwachung bemerkt und sich daher in Postojan wie im Gefängnis gefühlt.  
(APA)

---

© 2007 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.